

18. Wahlperiode

Die Vorsitzende
des Hauptausschusses

einstimmig mit CDU, AfD und FDP bei Enthaltung SPD, LINKE und GRÜNE
An Plen

Beschlussempfehlung

des Hauptausschusses
vom 17. Februar 2021

zum

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3303

**Ergänzung zum Beschluss Nr. 2020/54/16 –
Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur
Aufklärung der Ursachen, Konsequenzen und der
Verantwortung für Fehlentwicklungen an der
„Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ in der 17.
und 18. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von
Berlin (Drs. 18/2505)**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 18/3303 – wird in folgender Fassung angenommen:

,Der Einsetzungsbeschluss, der durch Beschluss vom 01. Oktober 2020, Nr. 2020/64/33 (Drucksache 18/3060) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Satz 2 und Satz 3 unter Punkt III. des Einsetzungsbeschlusses werden wie folgt gefasst:

„Diese beträgt ab dem 1. Januar 2021 für die Dauer der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses 4.619,20 EUR (TV-L E13, Stufe 3) zzgl. Arbeitgeberanteil monatlich. §10 Abs. 1 des Fraktionsgesetztes gilt entsprechend.“

2. Der letzte Satz unter Punkt III. des Einsetzungsbeschlusses wird gestrichen.‘

Berlin, den 17. Februar 2021

Der stellvertretende Vorsitzende
des Hauptausschusses

Andreas Statzkowski